



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/169 - 23.7.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zum PRAWDA-Artikel	S. 1
Umstrittene USA-Auslandshilfe	S. 3
Nochmals: Politische Lebensmittel	S. 4

## R ü c k s c h l a g ?

(sp) Die erste sowjetrussische, wenn auch nicht offizielle Reaktion auf den Vorschlag der drei Westmächte, nach den deutschen Bundestagswahlen eine Viermächte-Aussenminister-Konferenz über die Deutschland- und Österreichfrage abzuhalten, liegt nun vor und sie lässt auf den ersten Blick schon die Berge von Schwierigkeiten erkennen, die einer fruchtbaren Begegnung zwischen West und Ost entgegenstehen. Die "Prawda", immerhin das offiziöse Organ des Kreml, bezweifelt die Aufrichtigkeit der Westmächte, eine weltpolitische Entspannung herbeizuführen, wobei sie auf den in der internationalen Diplomatie gewiss ungewöhnlichen Umstand hinweist, dass sich in Washington drei Mächte zusammengefunden haben, um einer vierten Macht vorzuschreiben, welche Bedingungen und welche Tagesordnung sie anzunehmen habe. Sollte es sich tatsächlich erweisen, dass die Sowjetrussen den ihnen von den Westmächten vorgeschlagenen Rahmen einer Viermächtekonferenz nicht akzeptieren, dann sind freilich die weltweiten Folgen eines solchen Rückschlages nicht auszudenken.

Winston Churchills kühne und bahnbrechende und die Erstarrung in der internationalen Politik auflockernde Idee von einem Gespräch auf allerhöchster Ebene, dazu bestimmt, erst einmal atmosphärisch die Lage zu klären, und die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen für einen ernsthaften Versuch, eine Entspannung herbeizuführen, fand nicht die Unterstützung durch die USA.

Das Kommuniqué von Washington enthält keinen Raum für diplomatische Beweglichkeit, es vertritt, ohne Berücksichtigung der ver-

änderten weltpolitischen Situation, im wesentlichen Positionen, die die Westmächte schon vor einem Jahr bezogen hatten. Noch immer bestehen die Westalliierten auf die militärische Integration auch eines vereinigten Deutschlands mit dem Westen, eine für die Sowjetunion wohl kaum zumutbare Belastung. Der künftige Status eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschlands kann jedoch nicht einseitig festgelegt, er muss, mit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung, ausgehandelt werden, in einem Geiste und unter Voraussetzungen, die auch für die Sowjetunion das Interesse an einer durch die Wiedervereinigung Deutschlands entstandenen weltpolitischen Entspannung nicht erlahmen lassen.

Die Befürchtungen der Opposition, dass unter dem Einfluss der USA die drei westlichen Außenminister ihre Entscheidungen weniger im Hinblick auf einen wirklichen Verständigungsversuch mit der Sowjetunion als vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Stärkung Adenauers im kommenden Bundestagswahlkampf fällen werden, sind durch den Verlauf, das Ergebnis und das Echo dieses Treffens leider bestätigt worden. Die "New Herald Tribune" schrieb am 7. Juli: "Die Frage ist ... wie können wir an unseren Plänen dem EVG-Vertrag den Vorrang lassen, ohne Bundeskanzler Adenauer, der einer Wählerschaft gegenübersteht, die vor allem für die Einheit Deutschlands eintritt, Schwierigkeiten zu bereiten?"

Aus Sorge um die Wahlaussichten Adenauers stimmten schliesslich die USA der Viererkonferenz zu, allerdings mit vielen Wenn und Aber und unter Bedingungen, die einen Erfolg in Frage stellen und anscheinend auf eine sowjetische Ablehnung spekulierten. Die Rücksichtnahme auf das parteipolitische Bedürfnis eines Mannes, ein wohl seltener Vorgang in der neueren Geschichte, war das bestimmende Element in den Washingtoner Diskussionen.

Wenn dies nun auch die Sowjetrussen feststellen, so können sie sich dabei auf eine ganze Reihe überzeugender Beweise aus der Weltpresse und auf Meinungsäusserungen westlicher Politiker berufen. Sollte der Kreml allerdings aus diesem Grunde allein nun den Gedanken einer Viererkonferenz verwerfen, so erwiese Moskau dem deutschen Bundeskanzler die gleiche Wahlhilfe wie der amerikanische Außenminister. Sind die Nachfolger Stalins wirklich bereit, einen entscheidenden Beitrag für die weltpolitische Entspannung zu leisten - und die Wiedervereinigung Deutschlands in Einheit und Freiheit wäre sein Kernstück - dann dürften sie sich auch durch die wahlpropagandistischen Züge der Washingtoner Vereinbarungen nicht abschrecken lassen. Der Westen wird allerdings noch manche Korrektur vornehmen und manche Lieblingsvorstellung aufgeben müssen, um einen solchen Beitrag möglich und wirksam werden zu lassen.

Gekürzte Kanonen-Auslandshilfe

F.B. - Das Repräsentantenhaus des Amerikanischen Kongresses hat in diesen Tagen das Gesetz für die Auslandshilfe 1953/54 in Höhe von rund 5,15 Mrd Dollar, das sind etwa 21,65 Mrd M, gebilligt. Es hat damit bedeutende Abstriche an der Auslandshilfe vorgenommen, denn Präsident Eisenhower forderte 5,47 Mrd Dollar, ganz zu schweigen von dem Truman-Voranschlag in Höhe von 7,6 Mrd Dollar. Die Abstriche, die das Repräsentantenhaus vorgenommen hat - rund 314 Mio Dollar - können kaum überraschen, denn die amerikanischen Stimmen, die eine Entlastung des Steuerzahlers wünschen, haben in den vergangenen Monaten stark an Einfluss gewonnen. Endgültig dürfte die Entscheidung jedoch noch nicht sein, denn der Senat will versuchen, den Voranschlag von Eisenhower wieder in der alten Höhe zu erreichen.

Weit wesentlicher an dem neuen Auslandshilfsprogramm als der Streit über seine Höhe ist der innere Strukturwandel, der sich vollzogen hat, seitdem der frühere Präsident Truman sein Punkt-Vier-Programm verkündet hat. Die Auslandshilfe besteht nämlich praktisch nur noch aus Rüstungsbeihilfen. Von den 5,15 Mrd Dollar sind mindestens 4,28 Mrd Dollar direkte Rüstungsausgaben, das heisst über 80 Prozent der gesamten Summe dient der Rüstung. Aber selbst der verbleibende bescheidene Rest dient nicht ausschliesslich der wirtschaftlichen Unterstützung von unterentwickelten Gebieten, denn in der Position wirtschaftliche und technische Unterstützung für Asien oder im Programm zur Steigerung zur Produktion knapper Rohstoffe sind sicherlich in der Überwiegenden Mehrheit Gelder enthalten, die der Kriegswirtschaft dienen.

Interessant ist, im Gegensatz zu den früheren Auslandshilfsprogrammen, diesmal auch festzustellen, dass der Ferne und Nahe Osten seine Positionen gegenüber Europa beachtlich verstärken konnte. Rechnet man alle Rüstungshilfen für den Nahen und Fernen Osten zusammen, dann überschreitet diese Summe die Militärhilfe für Europa um rund 50 Mio Dollar.

Alle diese Dinge kann man jedoch nur feststellen, denn schliesslich ist es schlecht angängig, jemandem vorzuschreiben, wie er sein Geld verteilt. Was jedoch überall in Europa Ärgernis erregen wird.

- das ist die Klausel, die den Präsidenten ermächtigt, von der Militärhilfe für Westeuropa 1 Mrd Dollar zurückzuhalten, bis die sogenannte Europa-Armee aufgestellt ist. Ganz abgesehen davon, dass diese Bestimmung die EWG-Freudigkeit in Frankreich höchstens herabsetzen kann, da sie den französischen Nationalstolz empfindlich trifft, ist eine solche Pressionspolitik die schlechteste Methode, um Nationen und Völker zur Zusammenarbeit zu bringen.

Auch das Missverhältnis zwischen Rüstungshilfe und Wirtschaftshilfe ist sklatant, obwohl die italienischen Wahlen gezeigt haben, dass mit Panzern allein der Kommunismus nicht zurückgedrängt werden kann. Italien war schliesslich das Land, das mit amerikanischen Rüstungsaufträgen und amerikanischen Rüstungsbeihilfe bevorzugt versorgt wurde. Diese Milliarden haben sich bei den Wahlen als eine absolute Fehlinvestition erwiesen. Hoffentlich wiederholt sich dieses Beispiel nicht in grösserem Masse, denn die 50 Mio Dollar Wirtschaftshilfe für Europa gegenüber 2.129 Mio Rüstungsbeihilfe zeigen eindeutig, dass man nur noch gewillt ist, auf Kanonen und Panzer zu setzen.

+ + +

Geschmack nach Petroleum  
- - - - -

K.M. - Gegen Ende der Woche sollen in Bremerhaven die ersten Schiffe mit amerikanischer Fracht eintreffen. Es sind die Lebensmittel, die der Bevölkerung der sowjetischen Zone zugehört und die leider nicht ganz frei von einem gewissen Beigeschmack sind. Sie schmecken nach Propaganda und das ist so gut und so schlecht, wie wenn sie nach Petroleum schmecken würden.

Den ersten Frachtern werden bald andere Frachter folgen. Im amerikanischen Mittelwesten rollen die Waggonen. In New York wird geladen. In den Nordseehäfen werden sich die Silos und die Schuppen am Kai füllen. Was soll mit diesen Dingen werden?

Der Bundeskanzler hat es deutlich gesagt. Er hat es so deutlich gesagt, dass darüber das erste Porzellan kaputt ging. Es ist bekannt geworden, dass massgebende Männer der Kirche ausser sich waren, als sie im Bulletin der Bundesregierung jenen Brief Adenauers an Eisenhower lasen: "Damit die Lebensmittellieferungen auch dem richtigen Zweck zugeführt werden, sollen die Kirchen und karitativen Verbände mit der Durchführung dieser Aktion betraut werden."

Die Kirchen und die Verbände, von denen hier die Rede ist, scheinen wenig Neigung zu haben, sich mit so etwas betrauen zu lassen. Denn sie wissen: die Sowjets werden unter keinen Umständen Sendungen durchlassen, die aus den Händen Eisenhowers und Adenauers kommen. Die Organisationen wissen: wenn sie etwa auf den Gedanken

können, diese amerikanischen Schiffsladungen in Kilo-Pakete aufzustückeln, um sie einzeln an einzelne Empfänger zu verschicken, so werden die Sowjets das kaum übersehen. Sie wissen: in diesem Falle käme ihr Kredit bei den Sowjets als uneigennützigere Wohlfahrtsorganisation und damit auch das Hilfswerk, das sie seit Jahren fleissig und taktvoll treiben, in Gefahr. Sie wissen: die Bevölkerung der sowjetischen Zone kann und will auf die bisherige Hilfe nicht verzichten.

Was die Kirchen und die Verbände auf diesem Gebiet für unsere Landsleute im Osten geleistet haben, darüber wurden nicht so viel Worte gemacht. Es geschah in jener Stille, die beinahe so etwas wie eine Voraussetzung der sozialen Tat ist. Es geschah ohne Anspruch auf öffentlichen Ruhm. Es gab dabei keine konfessionellen und keine politischen Meinungsverschiedenheiten. Hier war Gesamtdeutschland, wenn man so will, vorausgenommen. Und das alles wurde in Jahren schweigsamer, geduldiger Arbeit aufgebaut. Man kann es aber auch an einem einzigen Vormittag zertrampeln.

Ob man dies alles in den Kreisen der Bundesregierung nicht weiss? Natürlich weiss man. Vor Wochen sprach das Bundespräsidium von dem besonderen Fakt, der bei solchen Dingen erforderlich sei. Aber am 14. Juli veröffentlichte es jenen Brief Adenauers.

Was also soll mit dem Weizen in den Silos werden, mit den Sojabohnen und den Ölküsten und den Bergen aus geräuchertem Speck?

In Bonn war zu hören: der Leiter der Berliner Caritas kam dieser Tage mit dem Flugzeug in die Bundeshauptstadt gerast. Auch er warnte dringend davor, das zu tun, was im Bulletin vom 14. Juli als Parole gegeben wurde: Kirchen und karitative Verbände zur Mitwirkung heranzuziehen. Die Caritas ist eine Organisation, die sich einer sittlichen Verpflichtung unterworfen hat, und sie scheint sich dieser Verpflichtung nicht entziehen zu wollen. Samariter geben dem Hungernen Brot. Sie weigern sich, Brot zu geben, das mit politischem Petroleum getränkt ist.

Was wird aus dem Speck und dem Weizen in Bremerhaven?

Es liegen Meldungen vor, wonach die Sowjets Anstalten machen, der nach ihnen benannten Zone zusätzliche Lebensmittel zuzuführen. Auch im Osten sollen Waggonen rollen. Nun weiss jedermann, dass die Sowjets weit davon entfernt sind, mit überschüssigen Lebensmitteln in der Masse operieren zu können, wie die Amerikaner das können. Aber es ist anzunehmen, dass sie es sich einiges kosten lassen werden, um gerade an dieser Front des Kalten Krieges zu bestehen. Wenn sie es den Amerikanern gleich tun oder sie gar überbieten wollen, so besteht kein Anlass, sie davon zurückzuhalten. Den Vorteil würden unsere Landsleute hinter dem Eisernen Vorhang haben. Wenn es aber nur um ein bisschen Fassade und Darbietung gehen sollte, so ergibt sich daraus der Auftrag, die Lücke zu schliessen. Das wäre ein Auftrag, der nicht bloss "Kirchen und Verbände" angeht, sondern uns alle. Da muss gegeben werden und zwar mehr als bisher. Es muss gegeben werden, bis es weh tut. Und wer das nicht mitmachen will, den muss man an den 17. Juni erinnern. Es wäre eine Art, die Verpflichtungen abzutragen, die dieser Tag uns allen auferlegt.

Verantwortlich: Peter Raunau